



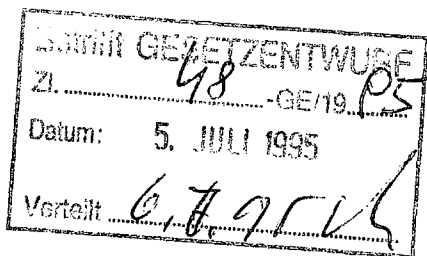
AMT DER VORARLBERGER LANDESREGIERUNG

PrsG-442.02

Bregenz, am 27.6.1995

An das
Bundesministerium für
Arbeit und Soziales
Zentral-Arbeitsinspektorat
Praterstraße 31
1020 Wien

Auskunft:
Dr. Herzog
Tel.(05574)511-2082

*Dr. Herzog*

Betrifft: Bundesgesetz, mit dem das Arbeitsinspektionsgesetz 1993 geändert wird;
Entwurf, Stellungnahme
Bezug: Schreiben vom 26. Mai 1995, GZ. 60.030/12-3/95

Zum übermittelten Entwurf einer Novelle des Arbeitsinspektionsgesetzes 1993 wird Stellung genommen wie folgt:

Im Interesse einer näheren Determinierung des behördlichen Handelns sollte im § 9 Abs. 1 für die Fristsetzung durch das Arbeitsinspektorat zusätzlich eine Obergrenze festgesetzt werden. Aus denselben Gründen sollte überlegt werden, im § 9 Abs. 3 den Begriff "schwerwiegende Übertretung" zu präzisieren.

Für die Vorarlberger Landesregierung
Der Landesstatthalter

Dr. Sausgruber

- a) Allen
Vorarlberger National- und Bundesräten
- b) An das
Präsidium des Nationalrates
1017 Wien
(22-fach)
- c) An das
Präsidium des Bundesrates
Dr. Karl Renner-Ring 3
1017 Wien
- d) An das
Bundeskanzleramt - Verfassungsdienst
1010 Wien
- e) An alle
Ämter der Landesregierungen
z.H. Herrn Landesamtsdirektor
- f) An die
Verbindungsstelle der Bundesländer
beim Amt der NÖ Landesregierung
1014 Wien
- g) An das
Institut für Föderalismusforschung
6020 Innsbruck

zur gefälligen Kenntnisnahme.

Für die Vorarlberger Landesregierung
Der Landesamtsdirektor

Dr. Brandtner

F.d.R.d.A.

